

Medieninfo BÜRGER GEGEN FLUGLÄRM e.V. zum Thema „Wartungsflüge E/MH“

Der Mülheimer Luftverkehrs-Unternehmer Theo Wüllenkemper argumentiert mit 1.500 € bis 2.000 € pro Landung eines leeren (!) Flugzeugs zu Wartungszwecken, die eine entsprechende Genehmigung rechtfertigen sollen. Damit soll der verzweifelte, hoffentlich letzte Versuch unternommen werden, den mehr als toten Flughafen Essen/Mülheim wiederzubeleben.

Im Internet ist der Geschäftsbericht des Flughafens Düsseldorf herunterladbar. (www.duesseldorf-international.de) Dort findet man für das Jahr 2007 „Erlöse aus Flughafenbetrieb“ in Höhe von **261.444.000 €** (S.54). Teilt man diese durch die auf S.3 angegebenen **228.000** Flugbewegungen des Jahres 2007, so ergibt sich ein Wert von

1.146,68 € pro Flugbewegung an diesem internationalen Verkehrsflughafen

Dies gilt für durchschnittlich mit rd. 80 Passagieren besetzte Flugzeuge.

Warum für die Landung (oder den Start) eines LEEREN Flugzeugs mehr Gebühren bezahlt werden sollen (bzw. warum ein Unternehmer dies überhaupt in Erwägung ziehen sollte?) als für die Landung eines durchschnittlich mit 80 Personen besetzten Flugzeugs am Flughafen Düsseldorf, ja das mag erklären, wer es vermag.

Aus Sicht der BÜRGER GEGEN FLUGLÄRM ist es allerhöchste Zeit, dass ALLE Bürger, nicht nur die jetzt Betroffenen („heute wir, morgen Ihr“), die unsägliche Augenwischerei der Luftverkehrslobby durchschauen und anprangern. Arbeitsplätze gibt es auch bei der Bahn, und sie gibt es auch und wenn überhaupt in strukturschwächeren, dünner besiedelten Regionen, so dass es mehr als unnötig und ärgerlich ist, wenn manche Politiker und einige Medien immer wieder auf die immergleichen Märchen hereinfallen. Niemand, bis auf einige wenige Nutznießer braucht einen Ausbau von Essen/Mülheim, niemand bis auf den Flughafen selbst braucht Nachtflüge in Düsseldorf, und immer mehr Bürger fordern eine Gleichbehandlung aller Verkehrsträger, eine nachhaltige, rücksichtsvolle und vernünftige Verkehrspolitik der Landesregierung und ein Ende des scheinweisen Raubbaus an Gesundheit, Klima und Grundrechten der Betroffenen.